

# Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 16. Dezember 1965

Blatt 3615

## Bürgermeister Marek appelliert an die politischen Parteien:

Keine Verschandelung des Stadtbildes im Wahlkampf!

=====

16. Dezember (RK) Bürgermeister Bruno Marek richtete an die Landesleitungen aller wahlwerbenden Parteien folgendes Schreiben, in dem um Schonung des Wiener Stadtbildes im Wahlkampf ersucht wird:

"Die bevorstehende Wahl zum Nationalrat am Sonntag, dem 6. März 1966, gibt mir den Anlaß, so wie mein Vorgänger an die wahlwerbenden Parteien den Appell zu richten, die propagandistischen Auseinandersetzungen in einer Weise zu führen, die das Stadtbild nicht stören. Es hat sich gezeigt, daß die Bevölkerung die freiwillige Einschränkung der Plakatierungs- und sogenannten Schmieraktionen sehr beifällig aufgenommen hat, weil es ersichtlich war, daß mancher Schaden vermieden wurde, ohne dem Propagandabedürfnis der politischen Parteien Abbruch zu tun. Unserer Stadt hat es zweifellos zum Vorteil gereicht. Zu diesem Appell kann ich mich leichter entschließen, weil Sie, meine sehr geehrten Herren, anläßlich der Wahlgänge in den vergangenen Jahren mitgeholfen haben, die propagandistischen Aktionen des Wahlkampfes im Straßenbild in geordneten Bahnen zu führen.

Ich bitte Sie, meine sehr geehrten Herren, mitzuhelfen, daß vor allem das Schmieren von Parolen auf Hausfassaden und Geschäftsportalen, das Bekleben von öffentlichen Licht- und Leitungsmasten, Schaltkasten und Schauflächen öffentlicher Einrichtungen vermieden wird. Es müßten ja doch wieder nur Steuergelder der Bevölkerung herangezogen werden, wenn Schäden,

die im Zuge mitwilliger Schmieraktionen verursacht werden, wieder gutzumachen sind.

Ich bitte Sie, meine sehr geehrten Herren, um Ihr Verständnis und um Ihre zustimmende Antwort."

- - -

Keine Ehe- und Familienberatung vom 18. Dezember bis 3. Jänner  
=====

16. Dezember (RK) In der Ehe- und Familienberatung der Magistratsabteilung 12, 1, Gonzagagasse 23, entfallen die Beratungsstunden von Samstag, den 18. Dezember, bis einschließlich Montag, den 3. Jänner. Die letzte Beratung in diesem Jahr findet am Freitag, dem 17. Dezember, statt, die erste im neuen Jahr am Dienstag, den 4. Jänner von 16.30 bis 18 Uhr.

- - -

Reich gedeckter Weihnachtstisch für die Wiener  
=====

16. Dezember (RK) Keinen Mangel werden die Wiener während der bevorstehenden Feiertage leiden müssen, denn es ist auch heuer dafür gesorgt, daß der Lebensmittelmarkt reich beschickt ist und die verschiedensten Geschmäcker zufriedenstellen kann.

In verhältnismäßig günstiger und gegenüber dem Vorjahr kaum veränderter Preislage wird es Geflügel zu kaufen geben. Neben einem reichen Angebot aus dem Inland warten auch 2.624 Tonnen Importgeflügel, vornehmlich Truthühner, Enten, Gänse, Hühner und Geflügelteile auf ihre Käufer.

Als Mangelware muß heuer Wildbret bezeichnet werden. Da die Überschwemmungskatastrophen im heurigen Jahr den Wildbestand in den Auwäldern empfindlich dezimierten, dürfen heuer viel weniger Tiere erlegt werden. Dementsprechend liegen die Preise für Hasenfleisch bis zu 25 Prozent höher als im Dezember des Vorjahres.

Zurückhaltung wird wirtschaftlichen Hausfrauen heuer auch bei der Herstellung von Mayonnaise empfohlen. Dies nicht etwa wegen der schlanken Linie, sondern vor allem wegen der Eierpreise. Die Anlieferung in- und ausländischer Frischeier ist unzureichend, weshalb die Eierpreise bis zu einem Drittel höher liegen als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Erfreulich ist hingegen die Situation bei den Fischen. Nicht weniger als 206 Tonnen Flußfische, vornehmlich inländische Karpfen, und 775 Tonnen frische und tiefgekühlte Seefische stehen zur Verfügung. Für besondere Feinschmecker gibt es 13 Tonnen Sortenfische. Die Preise auf diesem Sektor sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Eine stabile Preislage dürfen die Hausfrauen auch bei frischem Rind-, Kalb- und Schweinefleisch erwarten, das in ausreichenden Mengen angeliefert wird. Überdies liegen in den Tiefkühlhäusern 2.572 Tonnen Fleisch aller Gattungen auf Vorrat. Für die notwendigen Vitaminmengen werden Importe von Salatgemüsen aus Holland und Italien sorgen. An inländischem

Frischgemüse gibt es auf unseren Märkten reichlich Chinakohl, Karotten, Kohl und Kraut. Auch Speisekartoffel sind genügend vorhanden, jedoch sind sie teurer als im Vorjahr. Besonders bei Kipflern liegen die Preise weitaus höher.

Wenn die Einschaltung von "Obsttagen" während der Feiertage auch nicht gerade angezeigt erscheint, sollte die wichtige Vitaminquelle frischen Obstes doch nicht übersehen werden. Ein großes Angebot liegt bei in- und ausländischen Äpfeln guter Qualität vor, wogegen Birnen Mangelware sind. Für den, der es sich leisten kann, gibt es auch importierte Weintrauben. Eine kaum veränderte Preislage herrscht bei Orangen, Mandarinen, Klementinen, Zitronen, Grapefruits und Bananen. In den Wiener Kühlhäusern liegen überdies 581 Tonnen frisches und tiefgekühltes Obst und Gemüse.

- - -

"Was könnte ich werden?" - Krankenschwester!

=====  
Ein Fernsehfilm über den Krankenpflegeberuf

16. Dezember (RK) Im Rahmen der Fernseh-Sendereihe "Was könnte ich werden?" wird am Samstag, dem 18. Dezember, um 17 Uhr, der unter der Mitwirkung und Unterstützung der Stadt Wien hergestellte berufskundliche Fernsehfilm "Die Krankenschwester" gezeigt. Der Film will das Interesse am Krankenpflegeberuf wecken und dazu beitragen, daß neue Kräfte für die interessante und aussichtsreiche Tätigkeit im Dienst der Gesundheit gewonnen werden.

- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 20. bis 26. Dezember  
 =====

16. Dezember (RK)

Montag, 20. Dezember:

- 11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Kulturamt - Theater der Jugend: 1. Orchesterkonzert für Schüler der dritten Klassen; Wiener Symphoniker, Günther Pichler (Violine), Ingold Platzer (Sprecherin), Dirigent Milo Wawak (Auber: Ouvertüre zu "Fra Diavolo"; Beethoven: Romanze für Violine und Orchester F-dur op. 50; Kaufmann: "Zirkus Poldrini"; Dvorák: Ouvertüre "Karneval" op. 92)
- 11.00 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Kulturamt - Theater der Jugend: 2. Aufführung des Tanzspiels "Das Waldfest"; Kindertanzkreis des Konservatoriums der Stadt Wien, Leitung Ilka Peter; Niederösterreichisches Tonkünstler-Orchester, Dirigent Karl Hudez (für Schüler der zweiten Klassen)
- 19.00 Uhr, Konservatorium, Konzertsaal: Konservatorium der Stadt Wien: Trio-Abend Manfred Kuhn (Violine) - Josef Luitz (Cello) - Gertraud Dotzler (Klavier)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 2. Konzert im Zyklus X, Ensemble "Die Wiener Solisten" (J.S. Bach, A. Vivaldi); Voraufführung vom 21. Dezember
- 19.30 Uhr, Palais Pálffy, Beethovensaal: Haydn Salon: Wiener Kantorei: "Alte Musik zur Weihnacht"; Chor, Solisten und Instrumentalisten der Wiener Kantorei, Leitung Kurt Hofbauer (Bodenschütz, Eccard, Gesius, Prätorius, Schein und andere)

Dienstag, 21. Dezember:

- 11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Kulturamt - Theater der Jugend: 2. Orchesterkonzert für Schüler der dritten Klassen; Wiener Symphoniker, Günther Pichler (Violine), Ingold Platzer (Sprecherin), Dirigent Milo Wawak (Auber, Beethoven, Kaufmann, Dvorák)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Wohltätigkeitskonzert zugunsten der Krebsforschung; Neuer Wiener Konzertverein, N. Slavikova (Violine), Dirigent Wolfgang Poduschka (Schubert: 5. Symphonie, Mozart: Violinkonzert E-dur; Beethoven: 2. Symphonie)
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Ensemble "Die Wiener Solisten": 1. Abonnementkonzert (J.S. Bach: Brandenburgische Konzerte Nr. 1 und Nr. 3; Vivaldi: Konzert für zwei Violinen und Streicher a-moll; Konzert für Oboe und Streicher; Concerto für Streicher A-dur)

Mittwoch, 22. Dezember:

- 11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Kulturamt - Theater der Jugend: 3. Orchesterkonzert für Schüler der dritten Klassen; Wiener Symphoniker, Günther Fichler (Violine), Ingrid Platzer (Sprecherin), Dirigent Milo Wawak (Auber, Beethoven, Kaufmann, Dvořák)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Weihnachtskonzert der ÖVP-Frauenbewegung; Niederösterreichisches Tonkünstler-orchester, Chorvereinigung "Jung Wien", Traute Skladal (Sopran), Dirigenten Karl Etti und Leo Lehner (Gluck, Haydn, Beethoven, Reger und andere)

- - -

Rationalisierungskommission für städtische Spitäler konstituiert  
=====

Gemeinderat Dozent Dr. Gisel zum Vorsitzenden gewählt

16. Dezember (RK) Der Wiener Gemeinderat hat am 19. November dieses Jahres die Einsetzung einer Kommission zum Studium von Rationalisierungsmaßnahmen bei den städtischen Kranken- und Pflegeanstalten beschlossen. Heute früh fand im Wiener Rathaus die konstituierende Sitzung dieser Kommission statt. Bürgermeister Bruno Marek begrüßte die Stadträte Hans Bock und Dr. Otto Glück sowie die sechs Kommissionsmitglieder, die Gemeinderäte Dozent Dr. Alfred Gisel, Johann Nimmerrichter, Dipl.-Volkswirt Karoline Pluskal, Robert Weisz (alle SPÖ), Dr. Franz Bauer und Walter Lehner (ÖVP). Der Bürgermeister dankte den Stadträten und Kommissionsmitgliedern für ihr Erscheinen und wünschte ihrer Tätigkeit viel Erfolg.

Anschließend wurde Gemeinderat Dozent Dr. Gisel einstimmig zum Vorsitzenden der Rationalisierungskommission gewählt. Dozent Dr. Gisel dankte für das in ihn gesetzte Vertrauen und gab bekannt, daß im kommenden Jänner die erste Arbeitstagung der Kommission stattfinden wird. Die Kommission werde sich bemühen, nicht als eine Art "Himmelfahrtskommando" zu wirken, wie dies schon vor ihrer Gründung verschiedentlich befürchtet wurde. Sie wird versuchen, in gemeinsamer Arbeit zunächst Gespräche mit den einzelnen Anstaltsleitern und anderen Persönlichkeiten zu führen, um eine Übereinstimmung der Meinungen zu erreichen. Die Kommission wird ferner bemüht sein, über die Arbeit der Beamten hinaus eine gewisse Rangordnung im Rahmen des Möglichen aufzustellen. Über die Tätigkeit der Kommission wird regelmäßig dem Gemeinderat berichtet werden. An Personalstadtrat Bock und Gesundheitsstadtrat Dr. Glück richtete der Vorsitzende die Bitte, der Kommission die notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen und die Unterstützung ihrer Beamten zu sichern.

Stadtrat Bock regte sodann an, einen Beamten der Geschäftsgruppe V (Gesundheitswesen) mit der Federführung zu betrauen. Ferner schlug der Stadtrat vor, zunächst eine Enquete einzuberufen, um möglichst viele Meinungen und Vorschläge über die Grundprobleme zusammenfassen zu können. Diese Enquete sollte einen großen

Kreis von Ärzten, Fachleuten und anderen Persönlichkeiten erfassen. Auf Grund der Ergebnisse dieser Enquete könnte sich die Kommission anschließend mit den Detailproblemen beschäftigen.

Stadtrat Dr. Glück schloß sich den beiden Vorschlägen von Stadtrat Bock an und stellte fest, daß eine solche Enquete mit einem fixen Programm und möglichst gezielten Fragen abgehalten werden sollte, da die Probleme äußerst schwierig und weit verzweigt seien. Dabei wäre es von Vorteil, neben den Fachleuten auch betriebsfremde Personen anzuhören.

Der Vorsitzende dankte für die Anregungen und schlug vor, den Gemeinderat über die Ergebnisse einer solchen Enquete zu informieren.

- - - -

#### Amtlicher Wohnungstausch-Anzeiger

=====

16. Dezember (RK) Die neue Nummer des Amtlichen Wohnungstausch-Anzeiger ist soeben erschienen. Sie enthält auf 28 Seiten Tauschangebote aus sämtlichen Wiener Bezirken. In Spezialrubriken sind ferner Angebote von Hauswartwohnungen und Tauschangebote aus den Bundesländern enthalten.

Eine Einschaltung in die nächste Nummer des Amtlichen Wohnungstausch-Anzeigers, die am 3. Februar erscheint, kann bis spätestens 20. Jänner im Tauschreferat, 1, Rathausstraße 2, vorgenommen werden.

- - - -

#### Neues Landesgesetzblatt

=====

16. Dezember (RK) Im neuen Landesgesetzblatt für Wien ist das Wiener Rettungs- und Krankenbeförderungsgesetz enthalten, das vom Wiener Landtag am 24. September beschlossen wurde.

Das Landesgesetzblatt ist um 1.50 Schilling im Drucksortenverlag der Stadthauptkasse, 1, Rathaus, Stiege 7, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Öste reichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung, 1, Wollzeile 27 a, erhältlich.

- - - -



Die Budgetberatungen im Rathaus:

Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten  
=====

16. Dezember (RK) Am heutigen siebenten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Verwaltungsgruppe VII (Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten) behandelt. Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel (ÖVP) führte in seinem Referat aus:

Wenn man die Einnahmen und Ausgaben in den Ansätzen für das Jahr 1966 mit den letzten Ansätzen vergleicht, ergibt sich eine Erhöhung von 169,750.800 auf 211,290.200 Schilling. In der Arbeit dieser Geschäftsgruppe tritt der allgemeine und stürmische Fortschritt besonders in Erscheinung. Allgemein werden die damit verbundenen Probleme schwieriger und schmerzlicher empfunden. Sie dürfen aber auch als Beweis dafür genommen werden, daß unser Gemeinwesen ein im Fortschritt befindliches ist, das sich in einer ununterbrochen qualitativen und quantitativen Veränderung befindet. Die finanziellen Mittel reichen nicht aus, um alles gleichzeitig und rechtzeitig, technisch und organisatorisch zu lösen. Es ist daher eine bestimmte Rangordnung festzustellen. Eine solche Rangordnung setzen wir auch für die Planung des Jahres 1966 voraus.

Hierauf beschäftigte sich der Referent mit den seiner Geschäftsgruppe unterstehenden Magistratsabteilungen in der Reihenfolge ihrer Numerierung. Die Plan- und Schriftenkammer (M.Abt. 20 ) hat im Vorjahr mit dem Druck der Stadtkarte 1:2000 auf einer handbeschriebenen Offsetpresse begonnen. Eine zweite Druckpresse soll nun angeschafft werden.

Die Öffentliche Beleuchtung (M.Abt. 33) hatte in diesem Jahr einen Wechsel in der Leitung der Abteilung. Senatsrat Dipl.-Ing. Krones trat aus Gesundheitsgründen in den Ruhestand und wurde durch Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Kurzweil ersetzt. Der Ablösungsvorgang hat sich völlig reibungslos vollzogen. Vizebürgermeister Dr. Drimmel dankte Senatsrat Krones für seine Arbeit (allgemeiner Beifall). Er verwies darauf, daß es 1947 23.000 Lampen gab, während es 1965 140.000 Lampen sind. Das be-

deutet nicht nur eine sehr große quantitative Vermehrung; ebensogroß ist die qualitative Verbesserung im Beleuchtungswesen unserer Stadt. Dabei erscheint auch wesentlich, daß eine Verbilligung durch den Einsatz moderner Lampen eingetreten ist.

Der jährliche Zuwachs im Verkehr wurde bisher durch den jährlichen Zuwachs der Lichtquellen sogar überkompensiert. Im Budget 1966 werden Sie das leider nicht mehr im gleichen Ausmaß finden. Durch die Restringierung der Kredite für den Straßenbau ergibt sich auch für die öffentliche Beleuchtung eine Verringerung.

Im Jahr 1966 ist die dritte Rate unseres Fünf-Jahres-Programmes fällig, das 1968 auslaufen wird. Im Anschluß daran werden einige wichtige Straßen eine neuerliche Verbesserung der Beleuchtung erhalten, von denen man bei Aufstellung des Planes noch annahm, daß sie ausreichend sei.

In der letzten Zeit wurde aus verständlichen Gründen Klage darüber geführt, daß Wien zu den "verdrahtesten" Städten Europas gehört. Es sind daher Bemühungen im Gange, eine Verbesserung zu erreichen, vor allem auf den Straßenzügen zwischen Ring und Gürtel und im Zusammenhang mit dem Umbau der Zweierlinie.

Aus dem Programm für das kommende Jahr erwähnt der Referent die neue Beleuchtung der West- und Südautobahn mit Natrium- und Quecksilberdampflampen, die neue Beleuchtung für den Matzleinsdorfer Platz, für den Getreidemarkt und die Lastenstraße und die Schnellstraßenbeleuchtung. Außerdem wird die Beleuchtung in einer großen Zahl von Hauptstraßen vom 1. Bezirk bis an die Peripherien verbessert. Rund um die vielen Gemeinde- und Privatbauten werden die Anlagen den neuen Gegebenheiten angepaßt. Besonders in Kagran, wo durch die Montagebauten viele neue Verkehrsflächen entstanden sind, werden auch neue Beleuchtungsinstallationen notwendig.

Bei der Behandlung der Agenden der Baupolizei stellt der Referent zwei Aufgaben in den Vordergrund: die Novellierung der Bauordnung und das Problem des Nachwuchses an Hoch- und Fachschulingenieuren. Die große Planung in einer in heftiger Bewegung befindlichen Baukonjunktur verlangt die gute Ausstattung unserer

Behörden, insbesondere der Baupolizei, mit gutem Nachwuchs. Jede Pensionierung führt heute eine fast unfüllbare Lücke im Mitarbeiterstab herbei. Gerade bei den Ingenieuren tritt die Konkurrenz in- und ausländischer Reflektanten bei den Abgängen unserer Hochschule zutage. In vielen Sparten kann die öffentliche Hand nicht mehr mit genügender Zahl und da und dort auch nicht mehr mit erster Qualität des akademischen Nachwuchses rechnen, da junge Menschen von dem selbstverständlichen Vorrecht Gebrauch machen, zuerst dort in den Beruf einzutreten, wo ihnen in jeder Hinsicht die besseren Möglichkeiten geboten werden. Der in der Öffentlichkeit weit verbreiteten Version, die Beamtenlaufbahn sei ein Eldorado, muß entgegengetreten werden.

In der kommenden Zeit müssen ernsthafte Bemühungen unternommen werden, mit der Neuordnung der Bauordnung rascher weiterzukommen. Die gegenwärtige Bauordnung, die aus dem Jahre 1930 stammt, ist ein solides Handwerkzeug; aber in ihr kommt eine Baubewegung zum Ausdruck, die schon für das Jahr 1965 zum Teil nicht mehr den Notwendigkeiten entspricht. Da wir unsere Bautätigkeit an der Schwelle eines neuen Jahrtausends im Hinblick auf künftige Jahrzehnte ausüben müssen, ist es unbedingt notwendig, jetzt einen qualitativen Fortschritt zum Neuen zu machen. Gerade beim Neubau des Allgemeinen Krankenhauses trat dieser qualitative Unterschied von gestern und heute in Erscheinung, als die Baupolizei den Bau eines Gebäudes - des Operationsraumes - zu genehmigen hatte, bei dem sich abweichend von der aus der Steinzeit kommenden Erfahrung der Menschheit die Licht- und Luftquelle nicht außerhalb, sondern innerhalb des umbauten Raumes befindet.

Von 1945 bis 1965 wurden von der Baupolizei 2,2 Millionen Dienststücke bearbeitet. Diese Zahl zeigt nicht nur die Belastung der Dienststelle, sondern auch die ungeheure Entwicklung, die als Folge der Baukonjunktur unserer Stadt in den letzten 20 Jahren eingetreten ist. Die Zahlen zeigen auch, daß wir uns aus der Zeit und dem Aufgabenbereich entfernen, in denen Neubauten nach Totalkriegsschäden geradezu das Charakteristikum der Bautätigkeit gewesen sind. Die Zahl der

Zu-, und Umbauten sowie der baulichen Herstellungen an bestehenden Baulichkeiten nimmt zu, besonders aber nimmt die Zahl der Abtragungsbewilligungen gewaltig zu. Das ist eine stille Assanierung unserer Stadt. Bei Abtragungsbewilligungen werden sehr genau die Umstände des Falles beachtet, wobei wir uns energisch dagegen wenden, daß die notwendige Erneuerung und Umgestaltung unserer Stadt mit reinen Profitvorgängen verwechselt wird. Bei den Bauaufträgen ergibt sich eine Zunahme um 14,6 Prozent, bei der Wohnungsbegutachtung eine Abnahme um 1,6 Prozent, und leider ist bei den Strafanträgen eine starke Zunahme um 24 Prozent wahrzunehmen. Hieher gehören auch Maßnahmen gegen das wilde Bauen. Für die Baupolizei handelt es sich dabei um eine sehr schwierige Aufgabe. Es geht nicht nur darum, mit exerziermäßiger Präzision baupolizeiliche Vorschriften im Einzelfall anzuwenden, es sind ebenso allgemeine sozialpolitische Grundsätze zu beachten. Die Bauüberwachung am Wochendende hat nicht zu einer Aktion Härte geführt; es wurden 41 Baueinstellungen verfügt und 70 Verwaltungsverfahren eingeleitet. Das beweist, daß hier nicht mit drakonischer Schärfe und linear vorgegangen wird, sondern unter tunlicher Berücksichtigung des individuellen Falles und der sozialen Bedürfnisse.

Die städtische Prüf- und Versuchsanstalt ist in der früheren Waschküche des Bürgermeisters untergebracht! Wer diese Alchimistenküche besucht, könnte geneigt sein, die Sicherheit der Einwohner gefährdet zu wissen, würde er nicht gleichzeitig sehen, mit welcher Gründlichkeit, Sorgfalt und spontanen Ingenieursgesinnung hier erprobt, gearbeitet und improvisiert wird. Es geht gut österreichisch zu; die dort beschäftigten Ingenieure und Arbeiter stellen sich ihre Prüfeinrichtungen zum Großteil selbst her. Es stellt sich heraus, daß auch die öffentliche Hand sehr billig arbeiten kann - unter einer Voraussetzung: daß die Bediensteten wissen, sie verwalten öffentliches Gut im öffentlichen Interesse, und daß sie bemüht sind, den Mangel im Materiellen durch Verstand und Erfindungskraft wettzumachen. Umso erfreulicher aber ist es, daß bereits ein Beschluß für einen Neubau gefaßt worden ist.

Der Leiter der Magistratsabteilung für technische Grundangelegenheiten, Senatsrat Dipl.-Ing. Robert Kainz, tritt in den Ruhestand. Diesem langjährigen verdienstvollen Beamten sei von dieser Stelle aus gedankt. (Allgemeiner Beifall.)

Die Tätigkeit der Stadtvermessung in der gegenwärtigen schicksalhaften Phase unserer Stadt kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Der durchschnittliche Arbeitsanfall hat sich gegenüber der Zeit von 1955 bis 1960 im Zeitraum von 1960 bis 1965 mehr als verdoppelt. Für die quantitativ und qualitativ vermerkten Aufgaben steht nicht mehr Personal zur Verfügung. All das sind Anlässe, über die Leistungsfähigkeit unseres Beamtenkorps zu sprechen und auch in der Öffentlichkeit aufzuzeigen, daß zwar der Typus des Beamten als Langsamgängers in Kabarets eine lustige Erscheinung ist, daß dies aber mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht übereinstimmt. (Beifall.)

Immer wieder muß auf die laufenden Berichtigungsarbeiten am alten Generalstadtplan hingewiesen werden. Man muß die äußerste Präzision und die vom Ablauf der Zeit unabhängige Nutzbarkeit dieses prachtvollen Werkes ebenso bewundern wie die minuziöse Arbeit, mit der unsere Ingenieure dieses gute alte Werk für die Ingenieurtätigkeit unserer Zeit adaptieren.

In kommenden Jahr sieht die Stadtvermessung die Durchführung folgender Arbeiten vor: Weitere Verdichtung des Festpunktnetzes und Neuerrichtung von Höhenfestpunkten, besonders im Zusammenhang mit den städtebaulichen Projekten im Süden Wiens, Vermessungen für den Wasserleitungsstollen durch die Schneealpe, Durchführung eines Bildfluges für die weiteren Arbeiten an der Stadtkarte, Weiterarbeit an den Stadtkarten 1:5000 und 1:2000 und Ingenieurmessungen für die städtischen Großbauvorhaben.

Die städtische Friedhofsverwaltung wird das laufende Geschäftsjahr wieder ausgeglichen abschließen können, obwohl verschiedene wirtschaftliche Schwierigkeiten zu überwinden waren. Der Fehlbestand an Beerdigungspersonal beträgt rund zehn Prozent. In verstärktem Maß soll die Instandsetzung und Verbesserung der Wege in den Friedhöfen fortgesetzt werden.

Seit der Neuordnung des Wiener Friedhofswesens vor einem halben Jahr kamen aus der Bevölkerung zahlreiche Klagen, die von der Sorge sprechen, daß manche Friedhöfe von einem Tag auf den anderen geschlossen werden könnten. Darum sei noch einmal wiederholt, daß bis 1975 in den zum Auslaufen bestimmten Friedhöfen noch Beilegungen erfolgen können und bis 1985 noch eine Grabpflege möglich sein wird. Dann werden weitere Beschlüsse über die Verwendung der Flächen gefaßt. Sie könnten zu Parkanlagen oder zu Gedenkstätten nach dem Muster des St. Marxer-Friedhofes umgestaltet werden. Es ist unsere Absicht, den Friedhof der Zukunft von manchen makabren Charakterzügen und dem herkömmlichen Totenkult zu befreien. Es laufen darüber Verhandlungen mit den Gärtnern und den Steinmetzen. Wir wollen nichts reglementieren und keine Grabgestaltung vorschreiben. Aber es soll auch vermieden werden, durch ein einseitiges Angebot die Vielfalt der Möglichkeiten zu beschneiden.

Auch in der Stellung zur Feuerbestattung haben sich Änderungen ergeben. Wir dürfen die Motivveränderungen nicht übersehen, die hier eingetreten sind. Die Kremation ist heute nicht mehr Protest gegen die kirchliche Gläubigkeit, was zur Versachlichung des Problems beigetragen hat. Auch die Römisch Katholische Kirche gewährt neuerdings in bestimmten Fällen das kirchliche Begräbnis bei der Feuerbestattung. Die Friedhofsverwaltung kann diese Entwicklung weder forcieren noch hemmen, muß sie aber ruhigen Schrittes begleiten und Vorsorge für alle Möglichkeiten treffen.

In der Arbeit der Abteilung für Technische Verkehrsangelegenheiten spielt die Vorbereitung der Unterlagen für die Straßenverkehrskommissionen eine große Rolle, deren Tätigkeit zur Bändigung des Verkehrs außerordentlich wichtig ist. Die Motorisierungsprognose für 1980 rechnet mit 550.000 Kraftfahrzeugen in Wien. Das heißt, es wird ein Kraftfahrzeug auf drei Personen kommen, womit die Vollmotorisierung erreicht erscheint. Der Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel wird aber erst in zehn bis zwölf Jahren abgeschlossen sein. Das bedeutet, daß die kommenden Jahre die schwierigsten sein werden. Wir können nur die Straßenkapazität auf ein Maximum bringen, die Parkmöglichkeiten vermehren und die Verkehrsabwicklung möglichst flüssig gestalten.

Dazu sind juristische Maßnahmen vorgesehen, ferner die Überprüfung der Höchstgeschwindigkeiten für ausgebaute Straßenzüge, eine Vermehrung von Einbahnstraßen, Ladezonen und Blauen Zonen, Neuerrichtung von Verkehrslichtsignalanlagen und der Versuchsanlage, die durch einen Computer gesteuert wird. 1966 sind für die Erhaltung bestehender Anlagen 5,5 Millionen und für Neuerrichtungen 21,5 Millionen vorgesehen.

Als eines der Probleme der Magistratsabteilung 70 (Rechtliche Verkehrsangelegenheiten) bezeichnet der Referent die Frage der Neuregelung der Taxikonzessionen und Taxigebühren. Derzeit ist man bemüht, durch einen Interessenausgleich zwischen Handelskammer und Arbeiterkammer im Einvernehmen mit der Bevölkerung zu einer guten Lösung zu kommen.

Die vereinnahmten Straf gelder wegen Verstößen im Straßenverkehr bezeichnet der Vizebürgermeister als Blutgeld im wahren Sinne des Wortes. Die Gefahren im Straßenverkehr können wir durch die Einhebung von Straf geldern leider nicht aus der Welt schaffen, die Verkehrsübertretungen aber vielleicht etwas einschränken. Bei den Fahrprüfungen kommt es im Einvernehmen mit allen beteiligten interessierten Stellen langsam zu einer personellen und sachlichen Reform.

Die Magistratsabteilung 49, Stadtforstamt, hat wieder ihre Bemühungen zur Sicherung des Waldes, insbesondere im Wald- und Wiesengürtel fortgesetzt. Der Lehrpfad im Lainzer Tiergarten wurde fertiggestellt und der Tierbestand vergrößert. Unser Wildtierbestand hat auch in internationalen Fachkreisen des Auslandes Anerkennung gefunden. Leider ist gegenüber dem vergangenen Jahr im Lainzer Tiergarten ein Besucherrückgang um ein Prozent zu verzeichnen. Anscheinend suchen die Menschen den Weg zur Natur doch nicht dort, wo er am leichtesten zu finden ist.

Abschließend richtet Vizebürgermeister Dr. Drimmel Worte des Dankes an die Mitglieder des Ausschusses VII, in dem immer eine sachliche Zusammenarbeit und auch ein guter menschlicher Kontakt bestanden hat. Er dankt auch den Beamten des Stadtbauamtes, insbesondere dem Stadtbau direktor, den Mitgliedern der Straßenverkehrskommission und vor allem auch Stadtrat Heller für die gute und sachliche Zusammenarbeit.

Debatte über Ansätze der Geschäftsgruppe VII

GR. Jedletzberger (ÖVP) bezeichnet die Friedhöfe als Elemente der Landschaft, aus deren Struktur man die Geschichte einer Gemeinde ablesen kann. Leider sieht man heute oft die verschiedensten Arten der Ausgestaltung nebeneinander und manche Grabstätten sind von abstoßender Häßlichkeit.

Man dürfte aber bei der Umgestaltung der Friedhöfe nicht von einer Entrümpelung reden, sondern von einer pfleglichen Beseitigung eines trostlosen Eindruckes, der sich da und dort bietet. Man will damit nicht das Althergebrachte verdammen, sondern nur eine extreme Ausgestaltung verhindern und eine gewisse Auflockerung erreichen. Viele andere Länder beschreiten diesen Weg seit Jahrzehnten. Ein Friedhof moderner Prägung soll hell und freundlich sein und auf die Hinterbliebenen tröstend wirken. Er soll symbolisch die Liebe und Treue über das Grab hinaus zum Ausdruck bringen.

Die Anlegung eines Friedhofes ist daher eine verantwortungsvolle Aufgabe, die zur Würde und Feierlichkeit verpflichtet. Gerade die WIG 64 hat in beispielhafter Weise neue gangbare Wege aufgezeigt. Wenn Architekten, Steinmetze, Bildhauer, Gärtner und Friedhofsverwaltung verständnisvoll zusammenwirken, wird eine moderne Friedhofsgestaltung sicherlich möglich sein. Zum Unterschied zur Jahrhundertwende steht man heute auf dem Standpunkt, daß die Anlage eines riesigen Friedhofes überholt ist, da die Zugangswege zu den einzelnen Gräbern zu weit sind vor den Friedhöfen ausreichend Parkmöglichkeiten fehlen und ähnliches mehr. Der Redner regt in diesem Zusammenhang an, im Zentralfriedhof einen internen Autobusverkehr zu organisieren. Als vorbildlich bezeichnet er die Ehrengräberanlage im Zentralfriedhof, die auch ausgezeichnet gepflegt ist.

Durch das Anwachsen der Großstädte besteht heute keine Möglichkeit mehr, im verbauten Stadtgebiet Friedhöfe zu errichten. Durch den Gemeinderatsbeschuß sollen 16 Friedhöfe ab 1975 nicht mehr belegt werden können. Eine endgültige Umwidmung dieser Friedhofsflächen wird jedoch erst 1995 erfolgen.

./.



Derartige Auflassungen hat es schon immer gegeben. So waren ehemals auf dem Gelände der Technischen Hochschule und auch des Waldmüllerparkes Friedhöfe. Während die 16 zu sperrenden Friedhöfe ein Flächenausmaß von insgesamt 29 Hektar haben, kommt bei den bestehenden Friedhöfen eine Erweiterung um 72 Hektar hinzu. Insgesamt stehen dann 475 Hektar für Friedhöfe zur Verfügung. Mit diesen Flächen und durch verschiedene Maßnahmen, wie Erhöhung des Belages von bisher drei auf vier Personen, Einstellung der Vergebung eines Grabes auf Friedhofsdauer und eine bessere Ausnützung der Flächen, wird man bis zur Jahrhundertwende das Auslangen finden können. In Wien werden 13 Prozent der Verstorbenen eingäschert, in Graz und München hingegen je 25 Prozent.

GR. Lauscher (KLS) schließt sich dem Wunsch des Berichterstatters nach einer rascheren Neugestaltung der Bauordnung an. Die bestehende Bauordnung ist durch zahlreiche Novellen unübersichtlich und widerspruchsvoll geworden. Die Beratungen über die neue Bauordnung dauern schon jahrelang an. Zunächst müssen aber vor allem einige Grundsatzbeschlüsse erfolgen, um in erster Linie der "Ausschlachtung" der Grundstücke einen Riegel vorzuschieben. In verschiedenen ausländischen Staaten ist die Bebauungsdichte je Quadratmeter bereits im Bebauungsplan festgelegt. Die Novelle der Wiener Bauordnung vom Jahr 1956 hat zwar die zulässigen Höhen in den Bauklassen eins bis drei herabgesetzt, aber die Rechtswirksamkeit dieser Bestimmung wird immer wieder hinausgezogen.

Der Redner weist auf die Ausstellung über die Stadterneuerung in der Volkshalle des Rathauses hin und meint, daß der dort verwendete Begriff der Geschoßflächendichte auch im Gesetz verwendet werden sollte. Wenn in der Praxis nach den Grundsätzen vorgegangen würde, die in dieser Ausstellung aufgezeigt werden, dann könnten wir beruhigt sein. In Wirklichkeit aber wird der Fortschritt vor allem durch private Interessen stark gehemmt.

Der Redner kritisiert sodann die, wie er es nennt, Doppeltgleisigkeit in der Baugesetzgebung. Die Bauordnung faßt nämlich zwei Gebiete zusammen, die nicht zusammengehören: der erste Teil

regelt die Bautätigkeit, der zweite enthält die technischen Bestimmungen über die Erhaltung des Hausbesitzes. Der zweite Teil ist außerdem mit der Mietengesetzgebung eng verknüpft. Folgen dieser Doppelgleisigkeit sind die Abbrüche von Häusern, die oft entgegen den Willen der Behörde zustande kommen. Die Behörde kann in den Gerichtsverfahren nicht durchdringen. Es ist außerordentlich ungünstig, daß allein vier Magistratsabteilungen an der Vollstreckung eines Bauauftrages beteiligt sind. Es wäre an der Zeit, ein einfacheres Behördenverfahren zu entwickeln. Den Hausbesitzern stehen viele rechtliche Möglichkeiten offen, die Mieter aber haben in den behördlichen Verfahren keine Rechte. Es wäre außerdem recht und billig, daß auch die Grundeigentümer zu den von der Öffentlichkeit zu tragenden ~~Räumungskosten~~ Beiträgen leisten, umso mehr, als die Räumungen zu beträchtlichen Werterhöhungen der Liegenschaften führen.

Abschließend stellt der Redner den Antrag, an der Kreuzung Augartenbrücke-Obere Donaustraße-Untere Augartenstraße eine Verkehrslichtsignalanlage zu errichten.

Die KLS-Fraktion gibt den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe nicht ihre Zustimmung.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) beschäftigt sich mit Fragen der Verkehrsregelung. Er kritisiert, daß die sogenannte Verampelung auch im nächsten Jahr fortgesetzt werden soll. Manchmal könnte nämlich durch weniger Ampeln mehr für die Flüssigkeit des Verkehrs getan werden. Durch die zu große Zahl von Lichtsignalanlagen wird die Verkehrssituation oft noch verschärft, vor allem an Kreuzungen mit sogenannter Einzelregelung. Ein Beispiel dafür ist die neue Ampelanlage vor dem Burgtheater.

Aber auch bei den vollautomatischen Ampelanlagen, denen wegen des Personal mangels bei der Polizei wohl die Zukunft gehört, könnte durch eine bessere Phaseneinstellung viel gewonnen werden. Als Beispiele dafür nennt der Redner die Kreuzungen Billrothstraße-Krottenbachstraße (Grünphase für die Billrothstraße ist zu kurz) und Johannesgasse-Kärntner Straße (Grünphase für die Johannesgasse ist zu kurz).

Ferner könnte man zweifellos auch durch eine bessere Abstimmung mehrerer vollautomatischer Ampelanlagen Erfolge erzielen. Die "Grüne Welle" funktioniert in Wien da und dort zwar einigermaßen gut, sie müßte jedoch noch wesentlich verbessert werden.

GR. Dr. Schmidt spricht sich sodann gegen eine zu hohe Zahl von Verkehrsschildern aus und meint, wenn schon die Aufstellung neuer Verkehrsschilder für notwendig erachtet wird, dann sollten diese Schilder vor allem der Flüssigkeit des Verkehrs dienen. Das geschieht in der Praxis aber oft nicht. Die geplante Vermehrung der Linksabbiegeverbote begrüßt der Redner, weil sie der Flüssigkeit des Verkehrs zugute kommen.

Die Vorrangregelung sollte dahingehend geändert werden, daß man jenen Kraftfahrern, die Vorrang an einer Kreuzung haben, dies durch ein Schild auch anzeigen sollte. Ferner müßte die Schaffung von Einbahnen viel schneller und umfangreicher durchgeführt werden.

Zum Schienenparkverbot erklärt der Redner, daß er es anfangs zwar auch begrüßt habe, es inzwischen aber problematisch geworden sei. Durch die Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes, daß bis zu zehn Minuten Halten erlaubt sei, wurde das Schienenparkverbot durchlöchert. Trotz dieses Verbots sind die Schienenstraßen nach wie vor verstopft. Hier müßte dringend eine neue Regelung gefunden werden. Vielleicht kommt es doch einmal zu einer Sichtung des Schilderwaldes, und vielleicht zeigt sich dann, daß es Verkehrsschilder gibt, die nicht unbedingt nötig sind.

Die Überwachung des Straßenverkehrs und der Verkehrsdisziplin wird sehr ungleichmäßig gehandhabt. Man gewinnt den Eindruck, daß sich die Organe der Straßenaufsicht vornehmlich mit den Unkorrektheiten im Straßenverkehr befassen. Dieser Eindruck verstärkt sich, wenn man hört, daß sich der Polizeipräsident Sorge macht, wenn seine Sicherheitsorgane einmal weniger Organmandate einbringen. Diese Anzeigen betreffen doch zum Großteil Parksünder, weil die Ahndung ernsterer Verkehrsdelikte viel schwieriger ist. Es müßten aber die wirklich gefährlichen Verkehrsteilnehmer, die Rowdies, zur Rechenschaft gezogen und exemplarisch bestraft werden. Die angespannte Verkehrssituation könnte durch zahlreiche aufeinander abgestimmte Maßnahmen der Verkehrsregelung noch immer wesentlich erleichtert werden.

Es ist zu bedauern, daß das noch nicht geschehen ist. Die FPÖ-Fraktion wird den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen.

GR. Neusser (ÖVP) beleuchtet die derzeitige Verkehrssituation an Hand einiger Zahlen. Zur Zeit sind in Wien rund 293.000 Kraftfahrzeuge zugelassen. Aneinandergereiht ergäbe das eine Länge von 1.172 Kilometern, das entspricht der Entfernung Wien - Rom. An Parkplatz benötigen sie rund 730 Hektar, das entspricht den Bezirken 6 bis 9. Das zeigt, daß in Wien dringend etwas geschehen muß. Der Ausbau der Autobahn, die Wien-telbegleitstraßen gehören dazu. Im Budget sind für Straßen- und Brückenbauten 324 Millionen Schilling eingesetzt. Aber der Ausbau dieser aufnahmefähigen und kreuzungsarmen Straßen wird noch viele Jahre in Anspruch nehmen und wohl nie zu Ende kommen, weil sich immer wieder ein neuer Bedarf ergeben wird. Es muß also etwas geschehen, das uns über die momentane Lage hinweghilft.

Vordringlich erscheint der Ausbau von Straßen erster Ordnung, also von Vorrangstraßen. Sie müssen als solche gekennzeichnet sein und an allen wichtigen Kreuzungen Lichtampeln erhalten. Die Bodenmarkierungen müssen in Ordnung gehalten werden und bei entsprechender Breite solcher Straßen müssen auch die einzelnen Fahrspuren angezeigt werden, da sonst wertvolle Verkehrsfläche verlorengeht. Zweckmäßig wäre es auch, bei einigen Vorrangstraßen die Geschwindigkeit zu erhöhen. Würde man dort zum Beispiel 70 Stundenkilometer Geschwindigkeit erlauben, dann würde diese Geschwindigkeit in der Regel auch eingehalten und nicht wie jetzt mit 80 bis 100 Kilometer dahingerast werden.

Ein besonderes Problem bilden die Fußgängerübergänge bei Vorrangstraßen. Vom Gesetzgeber wurden einwandfreie Grundlagen geschaffen, trotzdem kommt es immerwieder zu Verkehrsunfällen auf solchen Übergängen, sehr oft auch mit tödlichem Ausgang. Hier darf uns keine Ausgabe zu hoch und keine Maßnahme zu kostspielig sein, wenn wir auch nur ein Menschenleben dadurch retten können. Die Fußgängerübergänge auf Vorrangstraßen müssen mit Lichtampeln versehen werden, das gelbe Blinklicht allein nützt nicht.

Auf stark frequentierten Fußgängerübergängen sollten für Fußgänger Richtungspfeile aufgemalt werden, um den Fußgängerstrom aneinander vorbeizulenken. Weiter sollte beachtet werden, daß vielfach die Grün-Phase für alte Leute zu kurz ist. Besonderer Dank gebührt jenen 109 Personen, die sich als Schulwegpolizei zur Verfügung gestellt haben (Beifall). Darüber hinaus sollte ein Schülerlotsendienst eingeführt werden, der die Kinder sichern würde, gleichzeitig aber auch eine nicht zu unterschätzende pädagogische Wirkung hätte.

Zur Lösung des Problems des ruhenden Verkehrs wäre zu überlegen, ob die nicht allgemein zugänglichen Abstellplätze in gewissen Zeiten auch mit anderen Dingen als den ursprünglich vorgesehenen besetzt werden könnten. Sehr zu begrüßen ist die Untersuchung, inwieweit Gehsteige zum Abstellen von Fahrzeugen geeignet sind. Bisher ist es den Polizisten anheimgestellt, ob sie einen Kraftfahrer, der sein Fahrzeug auf einem Gehsteig abstellt, bestrafen oder nicht. Diese Situation würde durch das erlaubte Parken auf gewissen Gehsteigen bereinigt werden. Sehr gut bewährt haben sich die Blauen Zonen, sie sollten aber auch Bodenmarkierungen erhalten. Es muß auch der Bau von Parkgaragen forciert werden, etwa durch Bereitstellung besonders billiger und langfristiger Kredite und die Erlassung gewisser Nebenkosten wie etwa der Kanaleinmündungsgebühr. So wichtig es ist, Vorrangstraßen zu beschildern, sollten die Schilder doch überall dort weggeräumt werden, wo sie nicht unbedingt nötig sind. Es ist auch zu begrüßen, wenn sich die Zeitungen mit diesen Problemen beschäftigen. Wenn aber Herr Christmann schrieb, die Wiener Verkehrsfehlplaner waren wieder einmal am Werk, und die geschilderte Situation dann anders ist, dann hat er sich entweder undeutlich ausgedrückt oder krasseste Demagogie betrieben. Hervorzuheben ist die gute Zusammenarbeit mit den beiden großen Kraftfahrervereinigungen ARBÖ und ÖAMTC. Wichtig ist nach wie vor die Mitarbeit der Bevölkerung, damit wir rasch zu einigermaßen geordneten Verkehrsverhältnissen kommen.

GR. Ing. Lust (ÖVP) urgierte in seinem Debattenbeitrag die Bauordnungsnovelle, die auch der Referent verlangt hatte. Die derzeitige Bauordnung entspricht nicht den neuzeitlichen Erfordernissen. Es fehlen Bestimmungen über die Kommissierung,

der Fachbeirat entspricht in seiner derzeitigen Zusammensetzung und seinen Kompetenzen nicht seinem weitgesteckten Aufgabebereich, es fehlen zeitgemäße Bestimmungen über den Denkmalschutz, die Mindestgröße von Eigenheimparzellen, die Mindestseitenabstände und anderes. Wünschenswert wären auch eine Verringerung der Bauhöhen von Hintergebäuden und neue Bestimmungen über das Lichtprisma. Auch die Vorschriften für Schall- und Wärmeschutz müssen den neuzeitlichen Erfordernissen angepaßt werden. Ferner gibt es keine detaillierten Bestimmungen über den Bau von Hochhäusern. Unklar sind die Vorschriften für Wohnbauten in Parkschutzgebieten. Die Bestimmungen für Siedlungshäuser lassen die neuen baulichen Möglichkeiten unberücksichtigt. Auch fehlen zeitgemäße Vorschriften für Strahlenschutzräume, wie sie in Vorarlberg, in Schweden und der Schweiz bereits bestehen.

Novellierungsbedürftig sind ferner das Garagengesetz 1947 und das Kanneleinmündungsgesetz.

Der Personalmangel bringt es mit sich, daß bei Bauverhandlungen die Kommissionsleiter oft selbst das Protokoll schreiben müssen. Der Redner appellierte an den Personalstadtrat, für die Beistellung von Schreibkräften zu sorgen.

GR. Peska (SPÖ) bezeichnete die Leistungen der öffentlichen Beleuchtung, namentlich die Anstrahlungen bedeutender Bauwerke, als eine beachtliche Leistung. Er bemängelte jedoch, daß einige Hauptverkehrsstraßen noch immer ohne entsprechende Beleuchtung sind und nannte in diesem Zusammenhang die Praterstraße, die Simmeringer Hauptstraße, den Rennweg und den Handelskai.

Der Redner forderte ferner ein Kranführer-Ausbildungsgesetz, das allerdings nur auf Bundesebene erlassen werden kann. Es mehren sich nämlich die Unfälle durch unsachgemäße Bedienung von Kränen, weil die Firmen jede beliebige Hilfskraft als Kranführer aufnehmen können. Bis zur Erlassung eines diesbezüglichen Gesetzes müsse den Firmen empfohlen werden, nur entsprechend ausgebildete Kranführer zu verwenden. Zwei Wiener Institute führen einschlägige Kurse durch. Die Stadt Wien wird in ihren Verträgen mit den Baufirmen die Bedingung stellen, daß nur ausgebildete Kranführer verwendet werden dürfen.

Sehr erfreulich ist die Aufforstung am Lader Berg, wo in einigen Jahren bereits ein stattlicher Wald stehen wird.

Ebenfalls begrüßenswert ist, daß die städtische Prüf- und Versuchsanstalt aus ihren derzeitigen Kellerräumen endlich in einen Neubau in Simmering übersiedeln kann, für den 1966 eine erste Baurate von 500.000 Schilling vorgesehen ist.

Eine sehr schwierige Aufgabe hat die Magistratsabteilung für technische Verkehrsangelegenheiten. Der "Schilderwald" ist nicht Schuld der Beamten, sondern beruht auf gesetzlichen Verpflichtungen. Bei einem Unfall kann die Behörde belangt werden, wenn die entsprechenden Verkehrsschilder nicht vorhanden waren.

Es muß alles getan werden, um neue Parkmöglichkeiten zu schaffen; dort wo es möglich ist, auch durch Heranziehung der Gehsteige. Jedoch muß unbedingt in erster Linie auf den Fußgänger Bedacht genommen werden, dem mindestens 1,50 Meter Gehsteigbreite verbleiben muß.

Der Bau von Parkgaragen ist Sache der Privatinitiative. Es kann keinen "sozialen Garagenbau" geben, solange noch so viele Wohnungen fehlen.

Zukunftsträchtig ist die Verwendung eines Computers für die Verkehrsregelung. Der erste derartige Versuch, der schon im Frühjahr 1966 aufgenommen wird, wird die 19 Kreuzungsstellen beim Schottentor, Ringturm, Burgtheater und der Freyung umfassen. Der Computer paßt die Signale automatisch dem Verkehrsaufkommen an.

Die Landesprüfstelle für das Kraftfahrwesen in der Siebenbrunnengasse entspricht in ihren Räumlichkeiten ~~und~~ in der technischen Einrichtung nicht mehr den heutigen Anforderungen. Er ersucht daher Vizebürgermeister Dr. Drimmel, sein Augenmerk besonders dieser so wichtigen Dienststelle zuzuwenden.

Für Schulwegpolizei: Der Wiener Landtag hat sich zu Beginn dieses Jahres mit der Einführung einer sogenannten Schulwegpolizei befaßt und die gesetzlichen Voraussetzungen dafür beschlossen. Diese Einrichtung soll nicht nur eine Entlastung der Polizei mitsichbringen, sondern sie soll vor allem dem Schutz unserer Kinder dienen.

Wie notwendig dieser Schutz ist, kann man am besten aus Zahlen erkennen. So gab es innerhalb der letzten vier Jahre in Wien 314 verletzte Schulkinder, die auf dem Schulweg einen Unfall erlitten haben. Davon waren zwei Todesfälle zu beklagen. 72 Prozent dieser Unfälle betrafen Kinder zwischen dem 6. und dem 10. Lebensjahr.

Fünfzehn Schulen haben bereits Schulwegpolizisten, die diesen ehrenamtlichen Dienst mit großem Idealismus und mit viel Liebe versehen. Viele sind noch in Ausbildung. Die Ausbildung erfolgt durch Beamte der Bundespolizeidirektion, von denen sie auch in den Aufsichtsdienst eingeführt werden. Der Redner dankt allen, die diesen Dienst bereits versehen und richtet gleichzeitig an die Bevölkerung den Aufruf, sich für die Schulwegpolizei zu melden, um die Kinder vor den Gefahren der Straße zu schützen.

Bei den Friedhöfen könne man einen großen Strukturwandel verzeichnen, der der Entwicklung unserer Zeit Rechnung trägt. In einem großangelegten Konzept wurde das Fundament für die Zukunft der Wiener Friedhöfe festgelegt. Wie schon gesagt wurde, wird auf 16 Wiener Friedhöfen ab 1. Jänner 1966 die Belegung eingestellt. Diese Friedhöfe werden aber dann noch mindestens zwanzig Jahre und länger bestehen bleiben. Außerdem sind alle Vorkehrungen zur Bereitstellung von weiteren Bestattungsflächen getroffen worden.

Die Gebührenregelung brachte eine Gleichstellung der Gebühren für die Feuer- und Erdbestattung.

Seit 1937 sind die Friedhofsgebühren nur rund um das Viereinhalbfache erhöht worden.

Auch für neue Baulichkeiten in diversen Friedhöfen sind bedeutende Mittel veranschlagt. So geht der Bau einer zweiten Feuerhalle seiner Vollendung entgegen. Sie entsteht im Stammersdorfer Friedhof und wird zur Entlastung der Feuerhalle im Zentralfriedhof beitragen.

Als erfreulich bezeichnet es der Redner, daß die Kirche der Feuerbestattung sehr aufgeschlossen gegenüber steht und daß auch Dr. Drimmel dieser unvermeidlichen Entwicklung Rechnung trägt.



Die gute Zusammenarbeit im Gemeinderatsausschuß VII und die Erhöhung der Budgetansätze wird auch im kommenden Jahr die Lösung vieler Probleme ermöglichen. Die SPÖ-Fraktion werde den Ansätzen die Zustimmung erteilen.

Vizebürgermeister Dr. Drimmel dankt in seinem Schlußwort den Diskussionsrednern für ihre sachlichen Beiträge.

Zur Beleuchtung: Es wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß einige große Verkehrsflächen unserer Stadt nicht ausreichend beleuchtet sind. Unter anderem wurde auch die Praterstraße genannt, die vor einigen Jahren neu beleuchtet wurde, in ihrer Ausleuchtung aber den heutigen Erfordernissen tatsächlich nicht mehr entspricht. Es muß daher unsere Aufgabe sein, auch das, was vor fünf Jahren noch gut war, nun auf die Höhe der Zeit heranzuführen.

Kritik wurde auch an der Baupolizei geübt und gesagt, man bräuchte dort Humanismus und eine kulturell einwandfreie Baugesinnung. Der Vizebürgermeister stellt fest, daß die Beamten beide Voraussetzungen mit sich bringen. Als bester Beweis dafür dient, daß die Zusammenarbeit unserer Baupolizei mit dem Bundesdenkmalamt ausgezeichnet ist. Durch diese gute Zusammenarbeit und ein gemeinsames Denken und Planen, werden wir auch die notwendigen unvermeidlichen Veränderungen im Antlitz unserer Stadt vornehmen können. Denn mit allem Respekt vor der einzigartigen Kulturlandschaft Österreichs und Wiens müssen wir als die in dieser Zeit lebenden Menschen für uns das in Anspruch nehmen, was unsere Vorväter immer wieder entschlossen getan haben, nämlich für das Leben in der Gegenwart, die für die Gegenwartsverhältnisse notwendige Umgebung zu schaffen. Es gibt aus der Geschichte unendlich viele Beispiele, die alle in einem Satz münden: Das Auf und Ab in der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortentwicklung muß den demonstrativen Ausdruck in der Architektur dieser Zeit finden. In einer Gegenwartsarchitektur, die den aktuellen sozialen und wirtschaftlichen Ansprüchen entspricht.

Es wurde auch auf Aktenrückstände bei der Baupolizei hingewiesen. Bei einem Aktenanfall von mehr als zwei Millionen, den die Baupolizei zu erledigen hatte, gab es tatsächlich einen

Rückstand von 70.000, der inzwischen jedoch auf 500 gesunken ist. Allen damit beschäftigten Beamten sei für diese gute Arbeit herzlichst gedankt. Im einzelnen geht der Referent dann noch auf folgende Themen ein, die in der Debatte angeschnitten wurden.

Baupolizei: Er sehe die Aufgabe der Baupolizei vor allem sanierend. Wien wird ja nicht nur jenseits der Donau wachsen, sondern auch in den Gebieten der Gründerzeit wird es neu entstehen. Aber bevor gebaut werden kann, müssen wir hier zertrümmern.

Dank an alle Debattenredner, die die Notwendigkeit der neuen Bauordnung unterstrichen haben.

"Verampeln, Verschildern, Verdrahten: Hier gehe es so wie zu seiner Zeit als Unterrichtsminister mit den Lehrplänen. Alle sind sich darüber einig, daß gesichtet werden soll, aber in ihrem speziellen Fach dürfe nichts geschehen. Alle sind sich darüber einig, daß die Ampeln und Verkehrsschilder nicht schön und verwirrend seien. Aber jeder stellt gleichzeitig fest: Bei uns brauchen wir noch diese Signalanlage. Hier ein System hereinzubringen, sei unmöglich. Nur eine individuelle Prüfung kann zu einem Ergebnis führen. Es ist durchaus möglich, daß an einer Stelle eine Ampel entschärft werden kann, dafür aber an einer anderen Stelle neue Maßnahmen notwendig werden. Es gibt aber auch Signalanlagen, die können nur mit der Hand geschaltet werden, wie es Anlagen gibt, die sich für den händischen Betrieb nicht eignen.

Grüne Welle: Wir versuchen, diese Probleme mit der mathematischen Wissenschaft zu ordnen. Es scheint aber auch in der Technik den Grundsatz zu geben 'Probieren geht über Studieren'. Wir haben in der praktischen Erfahrung viel gelernt. Wenn man allerdings meint, daß die Grüne Welle in Manhattan besser funktioniert, so darf man nicht vergessen, daß dort überall gleiche Kreuzungsabstände sind, die eine Grüne Welle leicht machen. In unserer Stadt mit den verschiedenen Fahrbahnbreiten und verschiedenen Kreuzungsabständen ist das viel schwerer. Dafür ist aber auch Wien schöner als Manhattan. (Heiterkeit.)

Schienenparkverbot: Hier zeigt sich, daß vieles, was vor drei bis vier Jahren positiv schien, heute überholt ist. Wir nehmen aber keine dogmatischen Standpunkt in dieser Frage ein.

Rechtliche Verkehrsangelegenheiten: Die Mopedfahrer sind nicht nur ein soziales, sondern auch ein pädagogisches Problem ersten Ranges. Wer die Mentalität der Mopedfahrer nicht versteht, versteht auch die heutige Zeit nicht. (Heiterkeit). Durch ein Lenkverbot, das verhängt werden kann, werden aber auch die härtesten Mopedfahrer für einige Zeit wieder sittsam.

Friedhöfe: Die Mechanisierung in Friedhöfen bedeutet Lärm und Unruhe. Wir haben uns deshalb mit Recht bis jetzt dagegen gestellt. Wir werden aber wahrscheinlich für die Tageszeit, in der keine Begräbnisse stattfinden, erlauben, daß landwirtschaftliche Maschinen eingesetzt werden, um den Gärtnern die Arbeit zu erleichtern.

Abschließend ersuchte Vizebürgermeister Dr. Drimmel, den Ansätzen seiner Geschäftsgruppe zuzustimmen. Er betonte, daß in seiner Gruppe nicht nur eine geordnete Nachbarschaft, sondern auch eine gute Zusammenarbeit herrsche, was ihn mit Befriedigung erfülle (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des VII. Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Der Antrag der KLS (Richtung einer Ampelanlage) wird einstimmig dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Der Vorsitzende, GR. Dr. B. Mann (SPÖ) unterbricht hierauf die Sitzung. Die Beratungen werden morgen Freitag, den 17. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen, fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Hubert Pfoch (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Wiens Bewerbung um die Olympischen Sommerspiele 1972  
=====Einstimmiger Beschluß des Wiener Gemeinderates an Bundeskanzler übermittelt

16. Dezember (RK) Bürgermeister Bruno Marek richtete heute an Bundeskanzler Dr. Josef Klaus und an Vizekanzler Dr. Bruno Pittermann zwei gleichlautende Schreiben in denen es unter anderem heißt:

"Der Wiener Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 15. Dezember 1965 nach Anfrage und Berichterstattung über den Stand der Verhandlungen wegen der Bewerbung Wiens zu den Olympischen Sommerspielen 1972 über Antrag von Herrn Stadtrat Hans Mandl folgenden einstimmigen Beschluß gefaßt:

Zur Unterstützung der Bestrebungen der Stadt Wien um Zuerkennung der Durchführung der Olympischen Sommerspiele 1972 tritt der Wiener Gemeinderat dem Inhalt des Schreibens des Herrn Bürgermeisters an den Herrn Bundeskanzler vom 14. Dezember 1965 bei.

Dieser Beschluß wurde mit den Stimmen aller im Wiener Gemeinderat vertretenen politischen Parteien gefaßt.

Es gereicht mir zur Ehre, Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, hievon zu benachrichtigen."

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten  
=====

16. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Inländischer Chinakohl 3.50 bis 5 S je Kilo, inländische Karotten 3 bis 7 S je Kilo, inländisches Weißkraut 2.50 bis 5 S je Kilo.

Obst: Bananen sind bereits ab 4.50 S erhältlich und kosten bis 10 S je Kilo, Orangen sind bereits ab 4.50 S je Kilo erhältlich und kosten bis 10 S je Kilo.

- - -

## Stipendien aus dem Dr. Adolf Schärf-Fonds

=====

Zentralsparkasse der Gemeinde Wien als Wissenschafts-Mäzen

16. Dezember (RK) Bei der heute stattgefundenen sechsten Stipendien-Verleihung aus dem Dr. Adolf Schärf-Fonds zur Förderung der Wissenschaften wurden acht Wissenschaftler und 14 Studenten ausgezeichnet. Damit hat der von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien aus Anlaß des 70. Geburtstages des verewigten Bundespräsidenten Dr. Adolf Schärf gegründete Fonds seit seinem Bestehen zwölf Wissenschaftler und 123 Stipendiaten mit Förderungsbeiträgen in einer Gesamtsumme von 710.300 Schilling ausgezeichnet. Bei der heutigen Verleihung, die in Anwesenheit von Bundespräsident Franz Jonas und zahlreicher prominenter Persönlichkeiten des öffentlichen und kulturellen Lebens stattfand, führte Generaldirektor Dr. Neubauer in seiner Begrüßungsansprache aus:

"Der Zeitpunkt der Verleihung fällt gegen das Ende eines für Österreich bemerkenswerten Jubiläumsjahres. Unter den Anlässen, die der Öffentlichkeit in zahlreichen und würdigen Feiern wieder in Erinnerung gebracht wurden, waren auch die Jubiläen der Universität Wien und der Technischen Hochschule Wien. Gerade diese Festlichkeiten führten eine lebhaftere Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit über Forschung und wissenschaftliches Leben in unserem Lande herbei, sie brachten grundsätzliche Überlegungen und einige schüchterne Ansätze zur Besserung. Von verschiedenen Körperschaften wurden großzügige Geburtstagsgaben dargebracht und neue Bewegung in beinahe erstarrte Standpunkte gebracht. Staatliche und kommunale, gemeinwirtschaftliche und industrielle Stipendienwerke bemühen sich um die notwendige Studienförderung, wobei das Interesse an dieser Förderung von einem humanistisch-caritativen allmählich zu einem existentiellen unabdingbaren wurde. Neben dem Ausbau der Hochschulinstitute ist die Errichtung von freien Forschungseinrichtungen getreten, die wie das Institut für höhere Studien oder die Ludwig Boltzmann-Gesellschaft dem gemeinsamen Ziel des Erfolges der österreichischen Wissenschaft dienen.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß alle diese Maßnahmen nicht Geschenke darstellen können, nicht Wohltätigkeit sein sollen, ~~sondern~~ eine Notwendigkeit sind, von der die Gestaltung unseres zukünftigen Lebens abhängt.

Der Gefühlswelt des Künstlers steht die Vernunft- und Verstandeswelt des forschenden Gelehrten und Studierenden gegenüber. Kunstwerk und Forschungsergebnis werden uns dargeboten und in die Hand des Menschen ist es gelogt, sie zu nutzen und zu verwenden. Schönheit, Spiegelbild unserer Zeit und unserer Empfindung gibt uns das schöpferische Werk des Künstlers; Sicherheit, Lebenserleichterung, und oft auch drohende Angst bringen uns die Schöpfungen der Wissenschaft. Eine gewaltige Aufgabe liegt damit zur Bewältigung vor uns.

Der von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien geschaffene 'Dr. Adolf Schärf-Fonds zur Förderung der Wissenschaften' bemüht sich, dabei nach besten Kräften mitzuhelfen.

Die Stiftung des Dr. Adolf Schärf-Fonds zur Förderung der Wissenschaften gibt der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien auch heuer wieder die Möglichkeit, eine Reihe hervorragender Wissenschaftler und Studenten mit den dringend benötigten Mitteln zu versorgen und damit ihre Forschungsarbeit oder ihr Studium sicherzustellen. Der Dr. Adolf Schärf-Fonds zur Förderung der Wissenschaften hat es sich zur Aufgabe gestellt, wissenschaftliches Fachstudium der Mittelschulen, den 2. Bildungsweg und die allgemeine wissenschaftliche Forschung zu fördern. Er wird bemüht sein, auch in Zukunft dieser Aufgabe gerecht zu werden."

Die ausgezeichneten Wissenschaftler und Stipendiaten wurden von Magistratsrat Dr. Foltinek vom Kulturanstalt der Stadt Wien vorgestellt. Für die künstlerische Umrahmung der Veranstaltung sorgte das Europäische Streichquartett unter Leitung von Fritz Händschke.

Erinnerungen an das Schicksalsjahr 1945  
=====

16. Dezember (RK) Heute vormittag empfing Bürgermeister Bruno Marek Gendarmerieoberst i. R. Dr. Ferdinand Käs und nahm aus dessen Hand eine Broschüre entgegen, die Dr. Käs verfaßt hat. Es handelt sich dabei um eine Publikation im Rahmen der Schriftenreihe des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes "Monographien zur Zeitgeschichte", die den Titel trägt: "Wien im Schicksalsjahr 1945". Die Broschüre ist im Europa-Verlag kürzlich erschienen.

Bürgermeister Bruno Marek dankte Dr. Käs für die interessante Publikation, die einen wertvollen Beitrag zur Zeitgeschichte darstellt.

- - -

Zwei neue Wohnhausanlagen mit 82 Wohnungen  
=====

16. Dezember (RK) Der Bauausschuß des Wiener Gemeinderates genehmigte heute auf Antrag von Stadtrat Heller die Entwürfe und die Sachkredite für die Errichtung zweier neuer Wohnhausanlagen mit insgesamt 82 Wohnungen. Dabei handelt es sich um ein Wohnhausprojekt im 17. Bezirk, Nattergasse-Weißgasse, mit drei Häusern, die 58 Wohnungen und ein Geschäftslokal enthalten werden. Für 14 Pkw werden Einstellplätze gebaut. Die Kosten für dieses Projekt betragen 11.270.000 Schilling, als Baurate für 1965 sind 100.000 Schilling bereitgestellt. Der zweite Wohnhausneubau wird im 19. Bezirk, Görgengasse, errichtet. Hier sollen drei Häuser mit 24 Wohnungen und einer Werkstatt sowie acht Pkw-Einstellplätzen entstehen. Die Kosten betragen 5,480.000 Schilling, die Baurate für 1965 beläuft sich auf 150.000 Schilling.. Beide Anträge werden noch dem Stadtsenat und dem Gemeinderat zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden.

- - -



## Rindernachmarkt vom 16. Dezember

=====

16. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren  
Inland: 17 Stiere, 9 Kühe, 13 Kalbinnen, Summe 39. Gesamtauftrieb  
dasselbe. Verkauft wurde alles.

Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

- - -

## Schweinenschmarkt vom 16. Dezember

=====

16. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren  
Inland: 213, Polen 33 zu 13.50 S, Bulgarien 50 zu 13 S, Gesamt-  
auftrieb: 296, verkauft wurde alles. Industrieware: Jugoslawien 40,  
Auslandsschlachthof: Inland 55, Ungarn 210, Industrieware: Polen  
27.

Marktverkehr ruhig, Hauptmarktpreise.

- - -